

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

64345/3

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Minister für Kultur und des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:



Dr für Kultur zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

[Handwritten signature]

DEKRETVORENTWURF ZUR ANERKENNUNG DER DEUTSCHEN GEBÄRDENSPRACHE

64345/3

INHALTSANGABE

Mit diesem Dekretentwurf werden die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Anwendung der Deutschen Gebärdensprache in der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegt.



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen.....	4
Kommentar zu den Artikeln.....	5
Vorentwurf	7

f

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist im Rahmen des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie dessen Fakultativprotokoll, denen das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 11. Mai 2009 per Dekret zugestimmt hat, gewisse Pflichten eingegangen, zu deren Erfüllung vorliegendes Dekret beitragen soll.

Vier Artikel dieses Übereinkommens – Artikel 2, 21, 24 und 30 – beziehen sich u.a. spezifisch auf die Gebärdensprache. So fordert Artikel 21 des Übereinkommens die Vertragsstaaten dazu auf, die Gebärdensprache anzuerkennen, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Die Gebärdensprache spielt eine wichtige Rolle in der barrierefreien Kommunikation von und mit hörbeeinträchtigten Menschen. Durch den Gebrauch dieser Sprache können gehörlose oder stark schwerhörige Menschen verstärkt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, sich selbst verwirklichen und somit ihr Leben selbstbestimmt gestalten.

Die Verfassung sieht in ihren Artikeln 127 §2 Absatz 1 Nummer 1 und 130 §1 Absatz 1 Nummer 1 vor, dass die Gemeinschaften die kulturellen Angelegenheiten durch Dekret regeln. Ebenso sieht Artikel 4 Nummer 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, auf den Artikel 4 §1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft verweist, vor, dass der Schutz und die Veranschaulichung der Sprache zu den kulturellen Angelegenheiten der Gemeinschaften gehören. Sprache ist demnach ein Teil der kulturellen Identität einer Bevölkerung. In diesem Sinne haben die Französische und die Flämische Gemeinschaft die Gebärdensprache in der Vergangenheit bereits durch entsprechende Dekrete vom 22. Oktober 2003 bzw. 5. Mai 2006 offiziell anerkannt.

In seinem Gutachten Nr. 59.863/3 vom 26. September 2016 zu einem Dekretvorentwurf, der zum Dekret vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben geworden ist, hat der Staatsrat darauf hingewiesen, dass es nicht in den Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft, sondern allein in den des Föderalstaats fällt, den Sprachgebrauch in Verwaltungsangelegenheiten im deutschen Sprachgebiet zu regeln. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der vorliegende Dekretvorentwurf die Deutsche Gebärdensprache nicht als Verwaltungssprache, sondern als Kultursprache anerkennt.

Die Gebärdensprache ist die Sprache, die die Kultur der Hörgeschädigten ausmacht. Sie ist die Muttersprache von gehörlosen und stark schwerhörigen Menschen, wohingegen Laut- und Schriftsprache schwer erlernbare Fremdsprachen für sie darstellen. In der Gebärdensprache können sie sich am besten und natürlichsten ausdrücken, so wie dies intuitiv für jeden Menschen in seiner Muttersprache der Fall ist. Sie trägt deshalb auch bei gehörlosen Kindern zur Identitätsentwicklung und -stärkung bei. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Vermittlung dieser Sprache zu fördern und ihr ihre Rolle in unserer Gesellschaft einzuräumen.



Die Anerkennung der Gebärdensprache wirkt sich in der Praxis auf sämtliche Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft aus:

- die Anerkennung und Ausbildung von Gebärdendolmetschern,
- das Unterrichtswesen,
- die Kleinkindbetreuung,
- den kulturellen Bereich (beispielsweise in Bezug auf Fernsehübertragungen),
- dem Beschäftigungsbereich,
- den sozialen Bereich,
- die öffentliche Verwaltung.

Der Verwaltungsrat der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben hat in seiner Sitzung vom 24. August 2018 den Dekretvorentwurf begutachtet. Der Verwaltungsrat äußert sich durchweg positiv zu dem Vorentwurf. Die Anerkennung sei ein wichtiger Schritt, um die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit einer Beeinträchtigung zu gewährleisten aber weitere Schritte müssen folgen.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Durch diesen Artikel wird die Deutsche Gebärdensprache als vollwertige und eigenständige Sprache anerkannt. Die Deutsche Gebärdensprache wird von den gehörlosen und stark schwerhörigen Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gebraucht. Statt mit gesprochenen Worten wird mit Gebärden und unter Einbeziehung von Handstellung, Bewegung, Mundbild, Mimik und Körperhaltung kommuniziert. Es handelt sich um eine eigene und voll leistungsfähige Sprache, die ihren eigenen grammatikalischen Regeln folgt, ihre eigene kulturelle Geschichte hat und von Land zu Land und von Region zu Region unterschiedlich ist.

Artikel 2

Die Anerkennung der Gebärdensprache ist von der Umsetzung von Maßnahmen zu ihrer konkreten Anwendung zu unterscheiden. Durch die Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache als eigenständige und vollwertige Sprache obliegt es der Deutschsprachigen Gemeinschaft ebenfalls, ihren Schutz und ihre Pflege zu gewährleisten, damit Anwendung der Deutschen Gebärdensprache auch tatsächlich ermöglicht wird. In diesem Sinne erlaubt dieser Artikel der Regierung, Maßnahmen zur Förderung der Deutschen Gebärdensprache im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel zu beschließen. Die Umsetzung dieser konkreten Maßnahmen stellt eine Querschnittsaufgabe dar, die sich auf sämtliche Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft auswirken kann, wohingegen die formale Anerkennung der Gebärdensprache lediglich den Kulturbereich betrifft.

Der zweite Absatz des Artikels sieht vor, dass die Regierung die erforderlichen Maßnahmen auf Vorschlag des Verwaltungsrats der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben oder nach Begutachtung der Vorentwürfe durch diesen verabschiedet. In der Französischen und Flämischen Gemeinschaft wird diese Funktion durch eine beratende Kommission wahrgenommen.



In der Deutschsprachigen Gemeinschaft nimmt die Dienststelle für selbstbestimmtes Leben gemäß Artikel 6 Nummer 7 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben bereits die Aufgabe als Anlaufstelle („Focal Point“) der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die UN-Konvention wahr, die unter anderem die allgemeine Koordination der Umsetzung der UN-Konvention in der Deutschsprachigen Gemeinschaft beinhaltet.

Darüber hinaus übt der Verwaltungsrat der Dienststelle gemäß Artikel 24 §3 desselben Dekrets die Befugnisse eines Hohen Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben aus und hat die Möglichkeit, auf interne Expertisen, wie beispielsweise die gutachterliche Tätigkeit des beratenden Fachgremiums, zurückzugreifen.

Die Ministerin für kulturelle Angelegenheiten
I. WEYKMANS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS



VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache

Artikel 1 – Die Deutsche Gebärdensprache ist durch vorliegendes Dekret als eigenständige Sprache anerkannt.

Art. 2 – Die Regierung ergreift im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die nötigen Maßnahmen, um den Gebrauch der Deutschen Gebärdensprache innerhalb der Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu ermöglichen, zu erleichtern und zu fördern. Sie kann zu diesem Zweck insbesondere:

1. Beihilfen für die Organisation, Mitorganisation oder Unterstützung von Sensibilisierungsmaßnahmen gewähren;

2. Ausführungsbestimmungen festlegen, um die Kenntnis und die Vermittlung der Deutschen Gebärdensprache sowie die gleichberechtigte Teilhabe der Nutzer der Deutschen Gebärdensprache an der Gesellschaft zu ermöglichen, zu erleichtern und zu fördern.

Die Regierung verabschiedet die in Absatz 1 Nummer 2 Bestimmungen auf Vorschlag oder nach Begutachtung des Verwaltungsrats der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus
I. WEYKMANS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

f

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Op de voordracht van de Minister van Cultuur en de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister bevoegd voor Cultuur is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET HOUDENDE DE ERKENNING VAN DE DUITSE GEBARENTAAL

INHOUD

Met dit ontwerp van decreet wordt het juridische kader voor het gebruik van de Duitse Gebarentaal in de Duitstalige Gemeenschap vastgelegd.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting.....	4
Bespreking van de artikelen	5
Voorontwerp	7

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Op 11 mei 2009 heeft het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap ingestemd met het Verdrag van de Verenigde Naties van 13 december 2006 betreffende de rechten van personen met een handicap en het Facultatief Protocol bij dat Verdrag. Daarmee heeft de Duitstalige Gemeenschap bepaalde verplichtingen op zich genomen. Met het voorliggende decreet wil ze ertoe bijdragen dat die verplichtingen worden nagekomen.

Vier artikelen van dat Verdrag - de artikelen 2, 21, 24 en 30 - hebben onder meer specifiek betrekking op de gebarentaal. Zo spoort artikel 21 van het Verdrag de partijen bij het Verdrag ertoe aan om de gebarentalen te erkennen en zo een gelijkberechtigde participatie in de samenleving mogelijk te maken. Gebarentaal speelt een belangrijke rol in de barrièrevrije communicatie door en met mensen met gehoorproblemen. Via gebarentaal kunnen doven of zwaar slechthorenden makkelijker deelnemen aan het maatschappelijk leven, zich makkelijker ontplooien en zo een zelfbeschikkend leven leiden.

In de artikelen 127, § 2, eerste lid, 1°, en 130, § 1, eerste lid, 1°, van de Grondwet staat dat de gemeenschappen de culturele aangelegenheden bij decreet regelen. In artikel 4, 1°, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, waarnaar wordt verwezen in artikel 4, § 1, van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, staat voorts dat de bescherming en de luster van de taal tot de culturele aangelegenheden van de gemeenschappen behoren. Taal maakt dus deel uit van de culturele identiteit. In die zin hebben de Franse Gemeenschap en de Vlaamse Gemeenschap de gebarentaal reeds officieel erkend: de Franse Gemeenschap bij decreet van 22 oktober 2003, de Vlaamse Gemeenschap bij decreet van 5 mei 2006.

In zijn advies 59.863/3 van 26 september 2016 over een voorontwerp van decreet dat heeft geleid tot het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven heeft de Raad van State erop gewezen dat alleen de federale overheid bevoegd is om het taalgebruik in bestuurszaken in het Duitse taalgebied te regelen en dat de Duitstalige Gemeenschap daartoe niet bevoegd is. In dat verband valt op te merken dat de Duitse Gebarentaal bij dit voorontwerp van decreet niet als bestuurstaal, maar als cultuurtaal wordt erkend.

Gebarentaal is de taal die eigen is aan de cultuur van doven en slechthorenden. Het is de moedertaal van doven en zwaar slechthorenden, terwijl gesproken en geschreven taal voor hen moeilijk te leren vreemde talen zijn. In gebarentaal kunnen ze zich het best en het natuurlijkst uitdrukken, zoals elke mens zich intuïtief het best en het natuurlijkst in zijn eigen moedertaal kan uitdrukken. Gebarentaal draagt bijgevolg ook tot de identiteitsontwikkeling en identiteitsversterking van dove kinderen bij. Daarom is het belangrijk de verwerving van die taal te ondersteunen en een plaats te geven in onze samenleving.

In de praktijk heeft de erkenning van gebarentaal uitwerkingen op alle bevoegdheids-terreinen van de Duitstalige Gemeenschap:

- de erkenning en opleiding van doventolken;
- het onderwijs;
- de opvang van baby's en peuters;
- de culturele sector (bijvoorbeeld tv-uitzendingen);

- werkgelegenheid;
- de sociale sector;
- het openbaar bestuur.

De raad van bestuur van de Dienst voor zelfbeschikkend leven heeft op zijn vergadering van 24 augustus 2018 advies verstrekt over het voorontwerp van decreet. Het advies van de raad van bestuur is over de hele lijn positief. De erkenning is een belangrijke stap om gelijkberechtigde participatie van mensen met een beperking te waarborgen, maar er moeten nog verdere stappen volgen.

ARTIKELSGEWIJZE BESPREKING

Artikel 1

Bij dit artikel wordt de Duitse Gebarentaal als volwaardige en autonome taal erkend. De Duitse Gebarentaal wordt gebruikt door de doven en zwaar slechthorenden in de Duitstalige Gemeenschap. Er wordt niet gecommuniceerd met gesproken woorden, maar met gebaren die ondersteund worden door handbewegingen, beweging, mondbewegingen, mimiek en lichaamstaal. Gebarentaal is een volwaardige taal die haar eigen grammaticale regels volgt, een eigen culturele geschiedenis heeft en van land tot land en van streek tot streek verschillend is.

Artikel 2

De erkenning van gebarentaal en de toepassing van maatregelen voor het gebruik ervan zijn twee aparte zaken. Door de erkenning van de Duitse Gebarentaal als autonome en volwaardige taal staat het aan de Duitstalige Gemeenschap de bescherming van en de zorg voor de gebarentaal te waarborgen, opdat de Duitse Gebarentaal ook werkelijk kan worden gebruikt. In die zin biedt dit artikel de Regering de mogelijkheid om maatregelen ter bevordering van de Duitse Gebarentaal te treffen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen. De uitvoering van die concrete maatregelen is een transversale opdracht die uitwerkingen kan hebben op alle bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap, terwijl de formele erkenning van gebarentaal alleen betrekking heeft op de culturele sector.

In het tweede lid van het artikel staat dat de Regering de nodige maatregelen aanneemt op voorstel van de raad van bestuur van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven of nadat die raad van bestuur advies heeft uitgebracht over de voorontwerpen. In de Franse en de Vlaamse Gemeenschap wordt die functie uitgeoefend door een adviescommissie.

In de Duitstalige Gemeenschap fungeert de Dienst voor zelfbeschikkend leven al als aanspreekpunt ("Focal Point") van de Duitstalige Gemeenschap voor het VN-Verdrag, overeenkomstig artikel 6, 7°, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, wat onder meer de algemene coördinatie van de uitvoering van het VN-Verdrag in de Duitstalige Gemeenschap omvat.

Voorts oefent de raad van bestuur van de Dienst voor zelfbeschikkend leven overeenkomstig artikel 24, § 3, van hetzelfde decreet de bevoegdheden uit van een Hoge Raad van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven en kan die raad van bestuur een beroep doen op interne expertise, zoals bijvoorbeeld de adviesactiviteit van het gespecialiseerd adviesorgaan.

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme
I. WEYKMANS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet houdende de erkenning van de Duitse Gebarentaal

Artikel 1 – Bij dit decreet wordt de Duitse Gebarentaal als autonome taal erkend.

Art. 2 – Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen neemt de Regering de nodige maatregelen om het gebruik van de Duitse Gebarentaal binnen de bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap mogelijk te maken, te vergemakkelijken en te stimuleren. Daartoe kan ze in het bijzonder:

1° subsidies voor de organisatie, medeorganisatie of ondersteuning van bewustmakingsmaatregelen toekennen;

2° uitvoeringsbepalingen vastleggen om de kennis en verwerving van de Duitse Gebarentaal, alsook de gelijkberechtigde participatie in de samenleving voor de gebruikers van de Duitse Gebarentaal mogelijk te maken, te vergemakkelijken en te stimuleren.

De Regering neemt de bepalingen vervat in het eerste lid, 2°, aan op voorstel of na advies van de raad van bestuur van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

I. WEYKMANS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS